



Philippsburg

Wahlaufruf zum ersten Bürgerentscheid am 09.12.2018

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am Sonntag, **9. Dezember 2018**, finden in der Geschichte der Stadt Philippsburg erstmals zwei Bürgerentscheide zu zwei Bürgerbegehren statt.

Der Bürgerentscheid ist die direkteste Form der Beteiligung von Wählerinnen und Wählern in unserer Demokratie und ist eine bedeutsame Stärkung der bürgerschaftlichen Mitverantwortung. **Daher mein Appell: Gehen Sie zur Wahl und stimmen Sie ab!**

Die Wahllokale sind am **Sonntag, 9. Dezember 2018 von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr** geöffnet. Bitte bringen Sie zur Abstimmung Ihre Wahlbenachrichtigung und Ihren amtlichen Ausweis mit.

Beim ersten Bürgerentscheid entscheiden Sie **nur** über die Frage:

„Sind Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 20.03.2018 zur Aufstellung des Bebauungsplans „Ehemalige Salmkaserne – 1. Änderung (Aufstellungsbeschluss) aufgehoben und damit das Verfahren zur Aufstellung dieses Bebauungsplans eingestellt wird?“

Sie entscheiden **nicht** über die am 26. Oktober 2018 durch das Landratsamt Karlsruhe für das Distributionszentrum der Dietz AG auf dem Gelände der ehemaligen Salmkaserne erteilte Baugenehmigung.

Seit feststeht, dass sich das Bauvorhaben der Dietz AG an die Festsetzungen des Bebauungsplanes (der im Gemeinderat der Stadt Philippsburg einstimmig beschlossen wurde) hält und die Dietz AG nun auch, wie erwartet, die Baugenehmigung erhalten hat, wurde ich mehrfach gefragt, ob die Abstimmung überhaupt noch Sinn macht.

Ja, es macht Sinn, weil ein **gewonnener** Bürgerentscheid wie ein Gemeinderatsbeschluss wirkt und **nur innerhalb von drei Jahren** durch einen **erneuten Bürgerentscheid aufgehoben werden kann**.

Es kann für die **Entwicklung der Stadt Philippsburg wichtig sein**, dass der **Gemeinderat der Stadt Philippsburg sein Planungsrecht in Bezug auf die ehemalige Salmkaserne** auch innerhalb der nächsten drei Jahre **wahrnehmen kann**.

Mit einem

- **JA und dem Erreichen der gesetzlichen Anforderungen ist die Änderung des Bebauungsplanes für drei Jahre gesperrt;**
- **NEIN, bleibt der Gemeinderat der Stadt Philippsburg Herr des Bebauungsplanverfahrens.**

Ihr
Stefan Martus
Bürgermeister

Information der Bürger
zur Durchführung des ersten Bürgerentscheids
am 9. Dezember 2018

1. Abgestimmt wird mit amtlichen Stimmzetteln.

Die auf dem Stimmzettel formulierte Frage muss mit **Ja** oder **Nein** beantwortet werden (siehe Musterstimmzettel für die beiden Bürgerentscheide).

2. Jeder Abstimmungsberechtigte hat eine Stimme. Er gibt seine Stimme in der Weise ab, dass er auf dem Stimmzettel in den vorgesehenen Ja- oder Nein-Feldern ein Kreuz setzt.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass die Stimmabgabe ungültig ist, wenn der Stimmzettel einen Vorbehalt oder einen beleidigenden oder auf die Person des Abstimmenden hinweisenden Zusatz enthält. Dies gilt außerdem, wenn sich bei der Briefwahl im Stimmzettelumschlag eine derartige Äußerung befindet sowie bei jeder Kennzeichnung des Stimmzettelumschlags der Briefwahl.

3. Jeder Abstimmungsberechtigte kann – außer in den unter Nr. 4 genannten Fällen – nur in dem Abstimmungsraum des Wahlbezirks wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist. Der Abstimmungsraum ist in der Wahlbenachrichtigung angegeben.

Die Abstimmungsberechtigten haben ihre Wahlbenachrichtigung und ihren amtlichen Personalausweis, Unionsbürger einen gültigen Identitätsausweis, oder Reisepass zur Abstimmung mitzubringen.

Jeder Abstimmungsberechtigte erhält beim Betreten des Abstimmungsraums den amtlichen Stimmzettel ausgehändigt. Der Stimmzettel muss vom Abstimmenden in einer Wahlkabine des Abstimmungsraums oder in einem besonderen Nebenzimmer gekennzeichnet und in der Weise gefaltet werden, dass seine Stimmabgabe nicht erkennbar ist.

4. Wer einen **Wahlschein** hat, kann in einem beliebigen Wahlbezirk der Stadt/Gemeinde oder durch Briefwahl wählen. Der Wahlschein enthält nähere Hinweise darüber, wie durch Briefwahl gewählt wird.

5. Der **Abstimmungsberechtigte** kann seine Stimme **nur persönlich** abgeben. Ein Abstimmungsberechtigter, der nicht schreiben oder lesen kann oder der wegen einer körperlichen Beeinträchtigung gehindert ist, seine Stimme allein abzugeben, kann sich der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Abstimmung eines anderen erlangt hat.

6. Wer unbefugt abstimmt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Abstimmung herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird nach § 107a Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Die **Abstimmungshandlung** sowie die anschließende **Ermittlung und Feststellung der Abstimmungsergebnisse** im Wahlbezirk sind **öffentlich**. Jedermann hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung des Abstimmungsgeschäfts möglich ist.

-MUSTERSTIMMZETTEL-

Stadt Philippsburg

AMTLICHER STIMMZETTEL

für den Bürgerentscheid

**„Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderats
vom 20.03.2018 zur
Aufstellung des Bebauungsplans - Ehemalige
Salmkaserne / 1. Änderung -“**

am 09.12.2018

Sind Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 20.03.2018 zur Aufstellung des Bebauungsplans „Ehemalige Salmkaserne - 1. Änderung (Aufstellungsbeschluss) aufgehoben und damit das Verfahren zur Aufstellung dieses Bebauungsplans eingestellt wird?

JA

NEIN

Sie haben nur eine Stimme.

Bitte markieren Sie entweder das JA-Feld oder das NEIN –Feld.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

insbesondere Anwohner des Baugebietes „Großes Gerstenfeld“ wehren sich gegen den Bau eines Logistikzentrums der Fa. Dietz AG auf dem ehemaligen Kasernenareal. Auch Anwohner am Walthersee lehnen diese Planung ab.

Viele scheinen vergessen zu haben, dass sie ihre Häuser in diesem Wohngebiet in einer Zeit gebaut haben, als es die Kaserne noch gab. Mit rund 2.000 Soldaten und unzähligen Militärfahrzeugen produzierte die Bundeswehr natürlich einen starken Verkehr. Die militärische Nutzung der Salmkaserne machte viele Panzerverkehre und schwerste LKW-Verkehre notwendig. Diese waren bis zur Schließung des Standortes keine leichten, leisen und abgasarmen Fahrzeuge.

Heute sind diese Hausbesitzer überwiegend im Ruhestand. Sie wollen jetzt einfach „ihre Ruhe“ haben und nicht gestört werden. Der Vorschlag, auf dem ehemaligen Kasernenareal viele Klein- und Mittelbetriebe anzusiedeln, ist keine realistische Alternative. Denn: Erstens ist das Gelände im Privatbesitz, zweitens ist völlig unklar, woher diese Betriebe kommen sollen und drittens würden diese Unternehmen nicht weniger Verkehr verursachen. Das Gelände war übrigens zu keiner Zeit im Eigentum der Stadt Philippsburg. Die Stadt konnte immer nur die planungsrechtlichen Voraussetzungen für dieses Gebiet schaffen. Die Stadt und der Gemeinderat waren auch zu keiner Zeit berechtigt, irgendwelche Genehmigungen für Abriss, Aufschüttung oder Folgenutzung auszustellen. Alleinige Genehmigungsbehörde war zu jeder Zeit das Landratsamt Karlsruhe. Dieses ist an gesetzliche Bestimmungen und Vorschriften gebunden. Dort werden Entscheidungen nach gesetzlich fundierter Sachlage und nicht nach „politischer Wetterlage“ getroffen. Wenn diese Behörde keine Gründe findet, der Fa. Dietz das Bauvorhaben zu untersagen, muss sie den Bau genehmigen. Das ist auch bei privaten Bauvorhaben so.

Die Frage, wie die Mannschaftsgebäude der ehemaligen Kaserne heute genutzt werden würden, wenn sie nicht vor dem Herbst 2015 abgerissen worden wären, wird jeder selber beantworten können.

Die Häuser am Walthersee waren ursprünglich kleine Wochenendhäuschen. Ohne eine Baugenehmigung wurden sie nach und nach zu Wohnhäusern ausgebaut. Um einen Abriss dieser „Schwarzbauten“ zu vermeiden, legalisierte sie der Gemeinderat nachträglich.

Wir sehen in dem Bauvorhaben der Fa. Dietz eine teilweise Kompensation zu den weggefallenen Arbeitsplätzen der Fa. Goodyear. Aktuell sind noch 100 ehemalige Goodyear-Mitarbeiter aus unserer Stadt arbeitslos. Ihnen droht ab Januar 2019 Hartz 4.

Veröffentlichungen der Bürgerinitiative im Stadtanzeiger sind häufig aggressiv: Übertreibungen, Panikmache, Verallgemeinerungen, Beleidigungen, teilweise Falschaussagen. Jedes Logistikunternehmen und jeder Mieter wird schlecht geredet, z. B. Daimler mit geplanten 350 – 400 Arbeitsplätzen, jetzt die Fa. Seifert mit 160 – 240 Arbeitsplätzen und 150 LKW pro Tag, somit 300 Fahrten.

Ansiedlungswillige Unternehmen wollen positiv aufgenommen werden und keine Negativpresse. Verunglimpfungen und Unterstellungen schrecken sie ab. So ist nach Daimler noch ein weiteres renommiertes Unternehmen vertrieben worden. Wenn das „Umfeld“ nicht stimmt, suchen sie sich einen Standort, an dem sie willkommen sind.

Grundsätzlich befürworten wir Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Die Bürgerinnen und Bürger sind der Souverän. Sie sollen über die zukünftige Entwicklung unserer Stadt entscheiden. Doch angesichts der zunehmenden Zahl direktdemokratischer Verfahren gegen Bebauungspläne warnte der Präsident des Gemeindetages Roger Kehle im Oktober vor einem

„Marsch in die Verhinderungsdemokratie“. In ihr würden wortgewaltige Bürger aus Eigennutz alles zu hintertreiben versuchen, was das eigene Wohlbefinden beeinträchtigen könnte. Und Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz, Präsident des Städtetages, problematisierte jüngst das Spaltpotential, das direktdemokratische Verfahren in den Kommunen entfalten können: „Wie aus Freunden Feinde werden“ (Stuttgarter Zeitung, 06.10.2018).

Nach der Schließung der Kaserne, dem Verlust von 900 Arbeitsplätzen bei Goodyear und dem baldigen Ende des Kernkraftwerkes müssen die Verantwortlichen der Stadt versuchen, diesen Strukturwandel abzufedern. Dazu gehören der Erhalt und die Schaffung der notwendigen Infrastruktur, die Ansiedelung von Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, und eine realistische Wahrnehmung unserer Zukunftschancen.

Vorrangiges Ziel der Bebauungsplanänderung war es, durch die Gebäudestellung einen noch besseren Lärmschutz für die Wohnbebauung der Umgebung zu erreichen. Für die jetzt vorliegende Baugenehmigung ist der 1. Bürgerentscheid nicht relevant, da sich das Bauvorhaben an alle Vorgaben des Bebauungsplanes hält.

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Gemeinderäte der Freien Wähler, der SPD und ULi bitten Sie: Gehen Sie am 9. Dezember 2018 zur Abstimmung über die Bürgerentscheide und stimmen Sie zweimal mit NEIN.

Ihre politischen Vertreter mit Verantwortung für unsere Mitbürger und unsere Stadt
FW - SPD - ULi

CDU Fraktion

2 X JA für Philippsburg

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit Ihrem **ersten JA** stimmen Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 20.03.2018 aufgehoben wird und damit das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes eingestellt wird.

Mit Ihrem **JA** verhindern Sie die Erweiterung des geplanten Logistikzentrums von derzeit 44.000 Quadratmeter auf eine Gesamtfläche von über 135.000 Quadratmeter.

Mit Ihrem **JA** verhindern Sie prekäre Arbeitsplätze und aufgrund fehlender Arbeitskräfteverfügbarkeit die Anwerbung osteuropäischer Leiharbeiter.

Mit Ihrem **JA** verhindern Sie ein erhebliches Mehr an LKW-Verkehre und eine insgesamt negative Verkehrswirkung in unserer Region.

Mit Ihrem **JA** stimmen Sie für mehr Lebensqualität und für weniger Lärm-, Licht- und Luftverschmutzung.

Gehen Sie zur Wahl! Ergreifen Sie Partei für unsere Stadt! **Stimmen Sie mit JA!**

Ihr **JA** für Philippsburg, Huttenheim und Rheinsheim!

Hans-Gerd Coenen, Werner Back, Matthias Hutter, Wolfgang Steiner, Petra Jungkind, Markus Heil, Charly Schneider

Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Philippsburg“

**Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft
Sind die Bürger der „Obrigkeit“ schnuppe?
BI ruft auf: Macht die zwei Bürgerentscheide zu euren
Unmutsbekundungen / Vergleich Elisabethenwört und
Logistikzentrum**



Auf dem ehemaligen Kasernengelände soll ein Megalogistikzentrum entstehen. Doch der Bürgerwille wird ausgebremst.

Foto: Bürgerinitiative

Jeder Bürger denkt, wenn er das Wort „Bürgerentscheid“ hört, er dürfe etwas entscheiden. Aber ätsch bättsch. Wenige Wochen vor dem von der Bürgerinitiative erstrittenen Bürgerentscheiden grätscht das Landratsamt in das laufende Verfahren – und erteilt einfach die Genehmigung für das Logistikzentrum. Bevor die Bürger ihren Willen zum Ausdruck bringen können, wird der Wille der Bürger bereits mit Füßen plattgetreten.

Von der Finsternis ans Licht

Ohne die kurze Zeit bis zu den Bürgerentscheiden abzuwarten, wird demonstriert: Was die Bevölkerung meint und will, ist der Obrigkeit, den Behörden schnuppe. Jetzt sei die Stadt Philippsburg, so wird Bürgermeister Stefan Martus vom Investor Dietz (!) zitiert, „in der Zukunft angekommen“.

Ja, steckten wir bislang in der dunklen Vergangenheit? Jetzt bringt ausgerechnet der Dietz mit seinen gewinnbringend angelegten Millionen etwas Licht in die Philippsburger Finsternis?

Wie bei Elisabethenwört

Über die „Behördenentscheidung von oben“ in Sachen Elisabethenwört gab es vor einigen Monaten einen regelrechten (zumindest verbalen) Aufstand. Das Regierungspräsidium (RP) und das Umweltministerium haben sich über die Köpfe der Bürger einfach hinweggesetzt, regte sich der gesamte Philippsburger Gemeinderat mordsmäßig auf. Doch was unterscheidet die Genehmigung des Regierungspräsidiums für Elisabethenwört von der Genehmigung des Landratsamtes für das Logistikzentrum? Es ist dieselbe rigorose Vorgehensweise.

Martus spricht von Diktatur

Nur drei Zitate aus der Zeitung, die einen Vergleich nahelegen: (Zitat 1) „Maßlos verärgert“ zeigte sich (...) Bürgermeister Stefan Martus über die Entscheidung und die Art der Entscheidungsfindung (...) Für Martus war, so wörtlich, eine „diktatorische Veranstaltung“ zu erleben. Die UM- und RP-Verantwortlichen (tragen) die „Bekundung von Transparenz wie eine Monstranz vor sich her“, doch dann wird eine Entscheidung einfach „exekutiert“.

(Zitat 2) „Wir fühlen uns regelrecht verarscht“, gab Martus seine persönliche Empfindung wieder.

(Zitat 3) Von einer denkwürdigen Sitzung mit Bekanntgabe der „im stillen Kämmerlein getroffenen Entscheidung“ sprach der Bürgermeister, auch von einem „diktatorischen Auftreten“. Für ihn sei bezeichnend, wie die (...) Politiker mit den Bürgern umspringen.“

Typisch Politiker?

Man lasse sich den Satz auf der Zunge zergehen: „Wie die Politiker mit den Bürgern umspringen.“ Unterscheidet sich die Vorgehensweise? Ist Elisabethenwört eine ganz andere Geschichte als das

Logistikzentrum? Nein. In beiden Fällen zählt der Bürger nichts. Von Anfang an wurden die Bürger in Sachen Logistikzentrum nicht informiert, ja ausgeschlossen. Die Pressekonferenz des Bürgermeisters mit Vorstellung des Investors und der Investition erfolgte VOR der Gemeinderatssitzung. Eigentlich ein Skandal. Alles war still und heimlich vorbereitet worden. Warum? Um die Bürger zu überrollen und vor vollendete Tatsache zu stellen.

BI: Protestiert gegen Willkür

Wir rufen auf: Macht die zwei Bürgerentscheide zu Unmutsbekundung über diese herablassende Behandlung der Bürger, über ihre Missachtung. **Wer heute diese Art von Vorgehensweise über die Köpfe der Bürgerschaft hinweg billigt, als Stadtrat oder als Bürger, öffnet Tür und Tor für ähnliche Vorgehensweisen in anderen Fällen.**

Dass der Eigentümer das erworbene Kasernengelände zu Höchstpreisen verkaufen will und die Dietz AG ihre Millionen in Philippsburg vermehren will, ist nicht illegal. Aber müssen sich die Verantwortlichen in der Stadt an deren Seiten stellen – und in Gegenposition zu ihren eigenen Bürgern?

Gemeinderat verarscht?

Schauen wir in die BNN vom Oktober 2014: „Auf dem jetzt knapp 12 Hektar großen ehemaligen Kasernengelände entsteht auch ein thermisches Blockheizkraftwerk.“ Was sagt der Gemeinderat heute dazu?

Der Käufer des Geländes habe seinerzeit ein umweltfreundliches thermisches Blockheizkraftwerk in Aussicht gestellt – und jetzt alles verkauft. „Ich fühle mich verarscht“, sagte Ortsvorsteher Markus Heil zu Recht in der Gemeinderatssitzung im September 2018.

Leider Leichtgläubigkeit

Die Leichtgläubigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch alle Zeitabschnitte.

Am 10. November heißt es in den BNN unter anderem: „Die Dietz AG aus Bensheim hat jetzt vom Landratsamt Karlsruhe die Genehmigung zum Bau des Logistikzentrums auf dem Gelände der ehemaligen Salmkaserne in Philippsburg erhalten und will sofort mit dem Bau auf gut 44.000 Quadratmetern Fläche beginnen. Darüber informiert Dietz jetzt in einer Pressemitteilung.“

Glücklich ist nur Dietz

„Der Immobilieninvestor, der bereits seit 2016 viel Geld an diesem Standort investiert hat, beginnt umgehend mit den Baumaßnahmen am Oberfeldweg und errichtet ein modernes Distributionszentrum“, kündigt Dietz an (...) Wir danken dem Bürgermeister Stefan Martus dem Gemeinderat der Stadt Philippsburg, dem Bauamt sowie dem Landratsamt Karlsruhe ausdrücklich für die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit“, betont Markus Engemann, Vorstand bei der Dietz AG.

„Wir sind in der Zukunft angekommen. Nach der Schließung von Goodyear Dunlop Tires und dem Ende der Stromproduktion im kommenden Jahr heißen wir den Investor Dietz AG in Philippsburg herzlich willkommen“, wird Bürgermeister Stefan Martus in der Mitteilung zitiert. So weit die BNN. Wir denken, Megalogistiker Dietz hat sich noch nie über einen Bürgermeister so gefreut.



Allein auf dem ehemaligen Goodyear-Gelände sollen 250 neue Arbeitsplätze entstehen
Foto: Bürgerinitiative

Stimmungsmache mit Spekulationen 620 Arbeitsplätze für 65 arbeitslose Philippsburger?

„Dieser Bericht muss jeden halbwegs neutralen Mitbürger zum Nachdenken bringen“, so zwei ehemalige Stadträte (nicht CDU!).

Wie begründet ein schwerreicher Unternehmer (198 Millionen Euro Eigenkapital der Dietz-Gruppe) weitere millionenschwere Investitionen? So etwa: Ich will mein Vermögen vermehren? Auch auf Kosten der Allgemeinheit? Auf Kosten der Bevölkerung, die darunter zu leiden hat?

Nein, so sagt das niemand. Eine erprobte Begründung ist immer die, viele neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das kommt gut an.

Übertriebene Zahlen

Für den Unternehmer ist es förderlich, ja geradezu ideal, wenn einige Bürger die Behauptung sofort bereitwillig und leichtgläubig aufgreifen, dem Unternehmer nur edelste Motive zubilligen und fleißig Werbung für den Investor machen, indem sie dessen „Heilsverkündung“ immer wieder verbreiten und dabei mit übertriebenen Zahlen operieren.

Wer will schon gegen Arbeitsplätze sein? Wer will nicht als selbsternannter „Gutmensch“ seine Mitmenschen mit Jobs versorgen, ob sie nun einen Job brauchen oder nicht? Möglichst viele Arbeitsplätze schaffen, das ist okay. Aber weit über die Stadt und die Region hinaus? Philippsburg als Art zentrale Anlauf- und Sammelstelle?

Auf Kosten der Bevölkerung?

Wer irgendwo auf der grünen Wiese bauen will, kann das. Aber nicht unmittelbar an Wohngebieten mit erheblichen Einschränkungen für die Wohn- und Lebensqualität.

Die Bürgerinitiative lehnt die Nutzung des ehemaligen Kasernengeländes nicht ab, ist aber dagegen, dass ein Mega-Großlogistiker sein Geschäft auf Kosten der Bevölkerung macht. Wie sagte die Uli-Fraktion in ihrer Haushaltsrede für 2018: „Für die Uli-Fraktion ist es wichtig, bei Ansiedlungen nicht auf „Big Player“ zu setzen.“ Was sagen die gleichen Leute heute?

Wieviele Arbeitsplätze für Philippsburg?

Weit mehr als Eigenbedarf? Sollte Philippsburg die ganze Region versorgen wollen/müssen? Von Germersheim bis Kraichtal, von Karlsruhe bis Wiesloch?

Interessant ist sicherlich die Äußerung, zugegeben eine Einzelmeinung: Auf einen Schlag könnte man die „Marktplatzbesetzer“ wegbringen, wenn wir für sie genügend Arbeitsplätze hätten. Aber: Können wir sie zwangsverpflichten? Können wir den 618 Bulgaren und Rumänen, Roma und Sinti eine Arbeitsaufnahme diktieren? Riskieren wir bei Gefallen nicht Nachzüge von weiteren Familienangehörigen und Freunden? Ein (gedankenloses) Spiel mit dem Feuer.

Vier Mal neue Arbeitsplätze: 620

Seifert Logistics Group, die sich auf dem von der Dietz AG gekauften Kasernengelände niederlassen und dort ein Großlogistikzentrum betreiben will, spricht ganz großzügig von bis zu 240 Arbeitsplätzen. Die Immobiliengesellschaft der Wirth-Gruppe aus Waghäusel stellt weitere 250 Arbeitsplätze auf dem gekauften Goodyear-Areal in Aussicht.

Beim Rückbau des KKP sollen weitere Arbeitsplätze entstehen. Die Anzahl der Mitarbeiter werde in dem Reststoffbearbeitungszentrum voraussichtlich im mittleren zweistelligen Bereich liegen, heißt es aus offiziellem Munde. Die Bandbreite der Aufgaben reiche von leitenden, administrativen sowie überwachenden Tätigkeiten bis hin zu handwerklich-operativen Arbeiten.

Etwa 80 Stellenausschreibungen bietet unser Mittelstand im Durchschnitt. Alles zusammen: etwa 620 Arbeitsplätze.

Frage nach der Notwendigkeit

Es geht nicht darum, wie es mitunter heißt, auf einen Schlag „alle Arbeitslosen los zu werden.“ Es geht zunächst nicht um die Schaffung oder Verhinderung von Arbeitsplätzen, sondern um die Frage nach der Notwendigkeit – in diesem Umfang. Wenn wir 620 Arbeitsplätze brauchen, warum nicht 1.000 oder 1.600? Welchen Preis muss die Philippsburger Bevölkerung dafür bezahlen! Brauchen wir gute Ersatz-Arbeitsplätze, die mit den Goodyear-Arbeitsplätzen halbwegs vergleichbar sind, oder brauchen wir

Arbeitsplätze im „Überangebot“ und dazu im unteren Lohnbereich. Logistik-Arbeitsplätze können bei weitem kein gleichwertiger Ersatz für Goodyear-Löhne mit den Schicht- und Schmutzzulagen sein.

Das sind die korrekten Zahlen

Laut den aktuellsten Zahlen vom Oktober/November 2018 gibt es in der ganzen Stadt Philippsburg 292 Arbeitslose. Das ist eine Arbeitslosenquote von 2,8 Prozent.

Bei Arbeitslosenquoten unter 4,0 Prozent spricht man ganz offiziell von Vollbeschäftigung. Vollbeschäftigung bedeutet laut Arbeitsagentur, dass für jeden Arbeitssuchenden eine offene Stelle zur Verfügung steht. Warum spielt man in Philippsburg dann das Thema „Arbeitsplätze“ so hoch? Aus politischen Gründen?

Unterm Strich 83 Arbeitslose

Von diesen 292 Arbeitslosen machen die Frauen einen Anteil von 123 aus. Sie sind nicht unbedingt als Logistik-Kraftfahrer oder als Logistik-Arbeiter in einer Halle geeignet. Bleiben 169 Männer übrig. Von diesen sind 86 über 50 Jahre alt, die größtenteils nur bedingt einsetzbar sind. Personen über 55 Jahre gelten als „schwer vermittelbar“. Unterm Strich verbleiben gerade 83 Arbeitslose.

Zu den gemeldeten Arbeitslosen gehören auch Frauen und Männer mit, wie die Arbeitsagentur sagt, „teils erheblichen Einschränkungen aus gesundheitlichen, familiären und psychischen Gründen“. Also: Nicht jede arbeitslose Person kann mit einem Job versorgt werden.

Bitte bei uns melden!

In der Hauptsache sucht „Seifert“ LKW-Fahrer. Seine Stellenausschreibungen zeigen das. Wollen wir solche Malocher-Jobs einem beispielsweise 58-Jährigen zumuten? Wer jemand kennt, der das möchte, darf sich gerne bei uns melden.

Will jemand, der bei Goodyear gearbeitet und gutes Geld verdient hat, jetzt als LKW-Fahrer auf den europäischen Landstraßen sein Dasein fristen, täglich in Staus stecken – und vielleicht ein Drittel dessen verdienen, was er vorher hatte?

Was sagen uns die Goodyear-Zahlen?

Bei der Schließung des Reifenwerks wurden 890 Mitarbeiter entlassen. Ein Teil hat inzwischen einen Job gefunden.

In den BNN informierte kürzlich die Transfergesellschaft: „Von 622 zum Start der Transfergesellschaft sind aktuell noch 342 dabei. 178 sind älter als 55 Jahre, das erschwert die Vermittlungschancen.“

Bleiben 164 unter 55 Jahren übrig. Von den Goodyear-Mitarbeitern kommen höchstens 40 Prozent aus der Stadt Philippsburg. Also etwa 65. Für diese brauchen wir 620 Arbeitsplätze?

Auch Huttenheim und Rheinsheim sind betroffen

Also schaffen wir für unsere 65 Arbeitslosen gleich 620 Arbeitsplätze. Sehr gut! Das heißt aber auch, 620 PKW fahren täglich nach zum Philippsburger Arbeitsplatz. Wie auch immer: Über Huttenheim und Rheinsheim?

Unsere Verantwortlichen in der Stadt wollen gegen die betroffene Bevölkerung lieber „stadtübergreifend“ handeln, für den Landkreis, für die ganze Gegend. Wo aber bleibt die eigene Wohn- und Lebensqualität? Wo bleibt das Wohl der eigenen Stadt?

Herr Martus, Sie sind nicht der treusorgende Landrat des ganzen Landkreises, sondern der Bürgermeister von und für Philippsburg!

Zu den 620 PKW kommen möglicherweise noch 800 LKW, die sich täglich durch unsere Straßen wälzen, Staus verursachen. Mitunter Schleichwege suchen und benutzen: durch Philippsburger Wohngebiete, durch das nahe Huttenheim, durch Rheinsheim, etwa in Richtung Germersheim.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, das unserer Stadt und unseren Bürgern anzutun.

Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Philippsburg“**Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft
Warum eine Bürgerinitiative?**

Die Bürgerinitiative „Für ein lebenswertes Philippsburg“ hat sich gegründet, weil wir uns vom Bürgermeister und der Mehrheit des Gemeinderats nicht vertreten sehen. Denn das Stadtoberhaupt und die Befürworter des Megalogistikzentrums haben in einem Eilverfahren, ohne ausreichende Bemühungen um Faktenkenntnis, die Ansiedlung eines Großlogistikzentrums gefördert und befürwortet.

Für uns haben sie ihre Fürsorgepflicht außer Acht gelassen und unser Wählervertrauen in höchstem Maße enttäuscht. Leider sehen sie auch nicht die Gesundheit von über 12 000 Bürgern in Philippsburg, Rheinsheim und Huttenheim als oberste Priorität. Stichhaltige Argumente der Bürgerinitiative ignorierte man hartnäckig.

Traumgebilde geschaffen

Würden Aussagen der Befürworter widerlegt, handelte es sich plötzlich um deren „versehentlich falsch“ getroffene Äußerungen. Man operierte mit ständig wechselnden Zahlen, die nie wirklich belegt waren, und glaubte schließlich selbst an das eigens geschaffene Traumgebilde, das die Logistiksiedlung begründen sollte.

Statt die Bürgerschaft in eine offene Diskussion einzubeziehen, haben einige Wenige einen Beschluss gefasst, den sie gar nicht hätten fällen dürfen. Eine vernunftgeprägte Analyse im Sinne von Wählerinteressen sieht anders aus. Dennoch werden diese Beschlüsse zukunftsweisend für unsere Stadt und ihrer Bürger sein.

Zu Recht dankt der Unternehmer dem Bürgermeister und unserem Gemeinderat überschwänglich. Seine Interessen wurden wahrlich meisterlich vertreten und seine Ansiedlungspläne protigiert.

Wir Bürger sollten dazu schweigen. NICHT MIT UNS!**– Es bestand für die Stadt keine Not, das Gelände zu vergeben.**

Wie oft von den Befürwortern betont, befand sich das Gelände in Privatbesitz. Ein Leerstand wäre immer noch besser gewesen als die Ansiedlung des Logistikzentrums.

– Es werden keine nennenswerten Einnahmen fließen.

Der Unternehmer hat seinen Stammsitz woanders. Dort bezahlt er seine Gewerbesteuer. Alle anderen „Einnahmen“ sind kaum erwähnenswert und für die letzte mögliche Einnahmequelle der Stadt eher blamabel.

– Es herrscht nach Auskunft der Arbeitsagentur Vollbeschäftigung in Philippsburg

Hier verweisen wir auf die Ausführungen zu den Arbeitslosenzahlen. Gekonnt wird mit der Zukunftsangst vieler Menschen gespielt.

Ja zu Arbeitsplätzen

Die Bürgerinitiative wehrt sich an dieser Stelle gegen die Behauptung, wir wären gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Bürgerinitiative ist ausdrücklich für Arbeitsplätze, die für uns Philippsburger, Rheinsheimer und Huttenheimer geschaffen werden. Aber wir sehen die Zahl der Arbeitssuchenden in Relation zur Gesamtbevölkerung und denken auch an negative Auswirkungen, die man verschweigt und negiert.

Hände gebunden?

Dem Bürgermeister und dem Gemeinderat waren angeblich die Hände gebunden. Sie betonten, aufgrund des Privatbesitzes keinen Einfluss auf die Nutzung des Geländes zu haben.

Doch bestand kein Grund für den Bürgermeister und die Befürworter, daraufhin einen Werbefeldzug für den Logistiker zu starten, mehrheitliche Bürgerinteressen zu ignorieren und die Fürsorgepflicht für die Bevölkerung zu vernachlässigen.

Erstes Bürgerbegehren

Schon durch das erste erfolgreiche Bürgerbegehren hat die Bürgerinitiative allen Befürwortern die Hände befreit. Trotz der vie-

len Unterschriften nahmen sie ihre Beschlüsse nicht zurück, halten damit dem zukünftigen Nutzer weiterhin alle Möglichkeiten offen.

Die Vergrößerung der Belastungen unserer Bürger und der Verlust von Wohn- und Lebensqualität interessieren nicht. Somit bleibt uns Bürgern nur durch die Bürgerentscheide die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen.

Erster Bürgerentscheid gegen Größe

Das erste Bürgerbegehren hatte das Ziel, die unangemessene Größe des zukünftigen Logistikzentrums zu beeinflussen. Wenn wir den Logistiker schon nicht verhindern konnten, so wollten wir doch dauerhaft mit der Größe auch die Verkehrsmenge eingrenzen.

Der Unternehmer reichte zwischenzeitlich einen anderen, verkleinerten Bauantrag ein, würde deshalb den „Erweiterungsbau“ (erstes Bürgerbegehren) aktuell nicht benötigen. Da der Bürgermeister und die weiteren Befürworter ihren alten Gemeinderatsbeschluss nicht zurücknahmen und dem Unternehmer weiter alle Möglichkeiten lassen wollten, kann der Logistiker sofort nachlegen und wieder vergrößern.

Das heißt: Wir müssen den ersten Bürgerentscheid für uns positiv entscheiden!

Bürgermeister und die Mehrheit des Gemeinderats unterstützen uns in dieser Sache nicht.

Eines muss uns Bürgern klar sein: Je größer der Logistiker, je größer unsere Belastungen. Wir werden nichts von den ersehnten Euros haben, die erhalten andere. Für uns bleibt der Verkehr – mit allen seinen Belastungen.

Deshalb ruft die Bürgerinitiative alle Bürger aus Philippsburg, Huttenheim und Rheinsheim auf, zur Wahl zu gehen.

Denn: Wir werden alle noch unter dem Logistikunternehmer leiden, wenn die Verantwortlichen schon längst nicht mehr greifbar sind.

Wenn Sie

- Ihre jetzige Wohn- und Lebensqualität erhalten wollen
- keine Zustände wie in einer Großstadt wollen, ohne deren Vorteile zu genießen
- schädlichen Verkehrslärm ablehnen
- tägliches Verkehrschaos in allen Stadtteilen verhindern wollen
- unnötigen Verkehr und LKW-Aufkommen abblocken möchten
- für ein Nichts keine zusätzlichen Gesundheitsrisiken durch Feinstaub und Stickoxide akzeptieren
- Ihre Kinder und Enkel schützen wollen
- an einer positiven Zukunft in **Philippsburg, Huttenheim und Rheinsheim** interessiert sind
- Ihre Interessen durch den Gemeinderat nicht ausreichend vertreten sehen
- „sich schon im Vorfeld von wichtigen Informationen ausgeschlossen fühlten“

... dann stimmen Sie am 9. Dezember 2018 bei der Entscheidungsfrage:

„Sind Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 20.03.2018 zur Aufstellung des Bebauungsplans „Ehemalige Salmkaserne – 1. Änderung“ (Aufstellungsbeschluss) aufgehoben und damit das Verfahren zur Aufstellung dieses Bebauungsplans eingestellt wird?“



JA

**Für ein lebenswertes Philippsburg
Gehen Sie zur Wahl!!**

Geben Sie Ihren Kindern und Enkeln eine Stimme.
Die zukünftige Generation wird Ihnen dankbar dafür sein.

Wahlaufruf zum zweiten Bürgerentscheid am 09.12.2018

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Wahllokale sind am **Sonntag, 9. Dezember 2018 auch für den zweiten Bürgerentscheid von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr** geöffnet. Bitte bringen Sie zur Abstimmung Ihre Wahlbenachrichtigung und Ihren amtlichen Ausweis mit.

Beim zweiten Bürgerentscheid entscheiden Sie nur über die Frage:

„Sind Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 15.05.2018 zur Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans – Bruchstück / 2. Änderung – aufgehoben und damit das Verfahren zur Aufstellung dieses Bebauungsplans mit erweitertem Geltungsbereich eingestellt wird?“

Sie entscheiden damit

nicht über die Finanzierung der zweiten Zufahrt,

nicht über eine mögliche zweite Zufahrt zum Gewerbegebiet Bruchstück von der L602

und

nicht über die **Nutzung der im Privatbesitz stehenden 38 Hektar Fläche der ehemaligen Salmkaserne.**

Nachdem die am 26.10.2018 der Dietz AG erteilte Baugenehmigung mit der Kasernenstraße als Zufahrt ausreichend ist, wurde ich auch hier mehrfach gefragt, ob die Abstimmung überhaupt noch Sinn macht.

Ja, es macht Sinn, weil ein **gewonnener** Bürgerentscheid wie ein Gemeinderatsbeschluss wirkt und **nur innerhalb von drei Jahren** durch einen **erneuten Bürgerentscheid aufgehoben werden kann.**

Es kann aber für die **Entwicklung der Stadt Philippsburg** und zur **Entlastung der betroffenen Anwohner wichtig sein**, dass der **Gemeinderat der Stadt Philippsburg sein Planungsrecht in Bezug auf eine mögliche Schaffung einer zweiten Zufahrt zur ehemaligen Salmkaserne** auch innerhalb der nächsten drei Jahre **wahrnehmen kann**, da sich die Baugenehmigung der Dietz AG **lediglich auf die vorderen 10 Hektar bezieht.**

Mit einem

- **JA und dem Erreichen der gesetzlichen Anforderungen ist die Änderung des Bebauungsplanes für drei Jahre gesperrt;**
- **NEIN, bleibt der Gemeinderat der Stadt Philippsburg Herr des Bebauungsplanverfahrens.**

Deshalb gehen Sie zur Abstimmung und geben Sie Ihre Stimme ab!

Ihr
Stefan Martus
Bürgermeister

Information der Bürger
zur Durchführung des zweiten Bürgerentscheids
am 9. Dezember 2018

1. Abgestimmt wird mit amtlichen Stimmzetteln.

Die auf dem Stimmzettel formulierte Frage muss mit **Ja** oder **Nein** beantwortet werden (siehe Musterstimmzettel für die beiden Bürgerentscheide).

2. Jeder Abstimmungsberechtigte hat eine Stimme. Er gibt seine Stimme in der Weise ab, dass er auf dem Stimmzettel in den vorgesehenen Ja- oder Nein-Feldern ein Kreuz setzt.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass die Stimmabgabe ungültig ist, wenn der Stimmzettel einen Vorbehalt oder einen beleidigenden oder auf die Person des Abstimmenden hinweisenden Zusatz enthält. Dies gilt außerdem, wenn sich bei der Briefwahl im Stimmzettelumschlag eine derartige Äußerung befindet sowie bei jeder Kennzeichnung des Stimmzettelumschlags der Briefwahl.

3. Jeder Abstimmungsberechtigte kann – außer in den unter Nr. 4 genannten Fällen – nur in dem Abstimmungsraum des Wahlbezirks wählen, in dessen Wählerverzeichnis er eingetragen ist. Der Abstimmungsraum ist in der Wahlbenachrichtigung angegeben.

Die Abstimmungsberechtigten haben ihre Wahlbenachrichtigung und ihren amtlichen Personalausweis, Unionsbürger einen gültigen Identitätsausweis, oder Reisepass zur Abstimmung mitzubringen.

Jeder Abstimmungsberechtigte erhält beim Betreten des Abstimmungsraums den amtlichen Stimmzettel ausgehändigt. Der Stimmzettel muss vom Abstimmenden in einer Wahlkabine des Abstimmungsraums oder in einem besonderen Nebenzimmer gekennzeichnet und in der Weise gefaltet werden, dass seine Stimmabgabe nicht erkennbar ist.

4. Wer einen **Wahlschein** hat, kann in einem beliebigen Wahlbezirk der Stadt/Gemeinde oder durch Briefwahl wählen. Der Wahlschein enthält nähere Hinweise darüber, wie durch Briefwahl gewählt wird.

5. Der **Abstimmungsberechtigte** kann seine Stimme **nur persönlich** abgeben. Ein Abstimmungsberechtigter, der nicht schreiben oder lesen kann oder der wegen einer körperlichen Beeinträchtigung gehindert ist, seine Stimme allein abzugeben, kann sich der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Abstimmung eines anderen erlangt hat.

6. Wer unbefugt abstimmt oder sonst ein unrichtiges Ergebnis einer Abstimmung herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird nach § 107a Abs. 1 und 3 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Die **Abstimmungshandlung** sowie die anschließende **Ermittlung und Feststellung der Abstimmungsergebnisse** im Wahlbezirk sind **öffentlich**. Jedermann hat Zutritt, soweit das ohne Beeinträchtigung des Abstimmungsgeschäfts möglich ist.

-MUSTERSTIMMZETTEL-

Stadt Philippsburg

AMTLICHER STIMMZETTEL

für den Bürgerentscheid

**„Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderats
vom 15.05.2018 zur
Erweiterung des Geltungsbereichs des
Bebauungsplans - Bruchstücke / 2. Änderung -“**

am 09.12.2018

Sind Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 15.05.2018 zur Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans - Bruchstücke / 2. Änderung - aufgehoben und damit das Verfahren zur Aufstellung dieses Bebauungsplans mit erweitertem Geltungsbereich eingestellt wird?

JA

NEIN

Sie haben nur eine Stimme.

Bitte markieren Sie entweder das JA-Feld oder das NEIN -Feld.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 09.12.2018 sind Sie aufgefordert, an einem seltenen Moment in unserer Demokratie teilzuhaben.

Sie sollen in zwei Bürgerentscheiden an einem Tag Ihre Stimme für oder gegen ein Vorhaben in unserer Stadt abgeben.

Wir bitten Sie alle, Befürworter oder Gegner dieses Vorhabens: Gehen Sie alle zur Abstimmung und nehmen Sie Ihr demokratisches Recht als Bürger wahr. Geben Sie Ihre Stimme ab, damit ein reales Meinungsbild unserer Bürger entsteht.

Der gemeinsame Antrag von FW, SPD und U L i lautete: Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung einer zweiten Zufahrt zu den Gewerbegebieten Bruchstück und ehemaliger Salmkaserne zu schaffen. Diesem Antrag hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit zugestimmt.

Diese zweite Zufahrt soll das Gewerbegebiet Bruchstück erschließen und gleichzeitig eine kreuzungsfreie, von den Anwohnern weit entfernte, Zufahrt zur ehemaligen Salmkaserne schaffen.

Die Absichten, die diesem Antrag zu Grunde lagen, sind die Sorgfalt und die Fürsorgepflicht gegenüber unseren Bürgern und den ansässigen Betrieben. Wir leben nicht nur mit dem Verkehr, wir leben von dem Verkehr und wir sind Teil dieser Verkehre. Verkehr ist Bewegung, diese erzeugt leider auch Belastungen. Das wollen wir hier nicht verschweigen. Genau diese wollen wir aber von unseren Bürgern fernhalten. Die neue Zufahrt soll beim ehem. Gasbetonwerk abzweigen, das Tiefgestade und die Bahnlinie queren und die beiden Gewerbegebiete Bruchstück und ehemalige Salmkaserne an den überörtlichen Verkehr anbinden.

Die bereits seit ca. 35 Jahren bestehende Zufahrt zum Gewerbegebiet Bruchstück ist eine Nebenstrecke, die durch Wohngebiete hindurchführt oder mit zwei Kreuzungen von der Kasernenstraße abgeleitet wird. Auch dies stellt eine wesentliche Belastung der dort wohnenden Mitbürger dar.

Der Gemeinderat hat in vielen Beratungen alle denkbaren Facetten der kommenden Entwicklungen diskutiert, alle Argumente wurden auf das Sorgfältigste abgewogen und bewertet. Die Unterstellung, die an den Bürgermeister und die überwiegende Mehrheit des Gemeinderates gerichtet ist, sie würden ein Projekt kommentarlos ohne Detailfragen abnicken, entbehrt jeglicher Grundlage und ist schlichtweg falsch.

Die weitere Fürsorge gilt den städtischen Finanzen. Deshalb haben wir diesen Antrag mit der Maßgabe der Fremdfinanzierung zur ehem. Salmkaserne gestellt.

Hier sollen Gelder der davon profitierenden Unternehmen mit öffentlichen Geldern vereinigt werden.

Der Vorwurf an zwei Drittel der Gemeinderatsmitglieder, sie würden fahrlässig mit städtischen Geldern umgehen, ist nicht nur falsch, sondern auch in höchstem Maße absurd.

Ebenso absurd ist die Absicht, mit einer Verhinderung dieser zweiten Zufahrt das geplante Logistikzentrum zu blockieren. Der Bauherr hat längst nachgewiesen, dass alle Verkehre über die Kasernenstraße geführt werden können. **Welch einen Bärenienst leisten hier die Gegner dieser Zufahrt ihren Mitbürgern!?**

Wir benötigen diese zweite Zufahrt noch aus anderen Gründen: Philippsburg konkurriert mit extrem günstig gelegenen Gewerbegebieten in den umliegenden Gemeinden. Diese verfügen alle über direkte Zufahrten zu Bundes- oder Landesstraßen.

Philippsburg braucht nach der Schließung von Goodyear und KKP1 und KKP2 ein weiteres Faustpfand im Kampf um wohnortnahe Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Viele Bürger in allen Stadtteilen müssen Belastungen durch Verkehr ertragen, in Huttenheim die Anwohner der B 35 und L 602, in Rheinsheim die Anwohner von Germersheimer-, Haupt- und Oskar-Frey-Straße. In Philippsburg sind dies zum Beispiel die Anwohner der Supermärkte und unseres Bildungszentrums. Hier trägt jeder seinen Teil an der Art und Weise, wie wir leben und wie unser Wohlstand erwirtschaftet wird.

Deshalb bitten wir Sie beim 2. Bürgerbegehren um ein

NEIN,

um die Planungen für diese Zufahrt weiterführen zu können.

Ihre politischen Vertreter mit Verantwortung für unsere Mitbürger und unsere Stadt
F W - SPD - U L i

CDU Fraktion

2 X JA für Philippsburg

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

mit Ihrem **zweiten JA** stimmen Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderats vom 15.05.2018 aufgehoben wird und damit das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ziel der Erstellung einer weiteren Zufahrt zum ehemaligen Kasernengelände eingestellt wird.

Mit Ihrem **JA** verhindern Sie, dass die Stadt Philippsburg ein unkalkulierbares Kostenrisiko durch den Neubau einer Zufahrtsstraße durch Moor- und Torfgelage, einer Brücke über die Bahnlinie und von zwei weiteren Kreiseln an der L602 eingeht. Mit Ihrem **JA** verhindern Sie auch den als Alternative gehandelten Straßenanschluss vor den Toren Huttenheims.

Zukunftsaufgabe ist die Verhinderung und nicht die Steuerung von Verkehr. Mit Ihrem **JA** stimmen Sie für die Vermeidung einer negativen Verkehrswirkung in unserer Stadt. Mit Ihrem **JA** stimmen Sie für weniger Verkehr und für den Erhalt einer gewachsenen Landschaft.

Wer Steuergelder und Haushaltsgelder der Stadt in ein unnötiges Straßen- und Brückenbaukonzept stecken will, der sieht die wahren Probleme unserer Stadt nicht. Wir brauchen unser Geld für Investitionen in unsere Schulen und für den Erhalt bzw. die Erneuerung unserer vorhandenen Infrastruktur.

Mit Ihrem **JA** verhindern Sie die Verschwendung von Steuergeldern und verhindern eine zusätzliche Belastung Ihrer Gesundheit durch Lärm-, Licht- und Luftverschmutzung.

Mit Ihrem **JA** stimmen Sie für mehr Lebensqualität und für eine zukunftsweisende Finanzpolitik.

Gehen Sie zur Wahl! Ergreifen Sie Partei für unsere Stadt! **Stimmen Sie mit JA!**

Ihr **JA** für Philippsburg, Huttenheim und Rheinsheim!

Hans-Gerd Coenen, Werner Back, Matthias Hutter, Wolfgang Steiner, Petra Jungkind, Markus Heil, Charly Schneider

Bürgerinitiative „Für ein Lebenswertes Philippsburg“

**Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft
Zweite Zufahrt wird massiv Verkehr anziehen
Bürgerinitiative ruft zur Verhinderung des
geplanten „LKW-Zustroms“ auf**

Wahrscheinlich ist Philippsburg die Ausnahme in ganz Baden-Württemberg. Als einzige Stadt im Land will sie wohl mehr Verkehr anlocken als bisher. Bürgermeister Stefan Martus und die Mehrheit des Gemeinderats möchten nicht nur ein Mega-Logistikzentrum auf dem ehemaligen Kasernengelände mit Tag- und Nachtverkehr bauen lassen, sondern sprechen auch eine regelrechte Einladung zu noch mehr Verkehr aus. Dazu soll die anvisierte zweite Zufahrt auf der Höhe des Hebelwerks dienen. Was tun wir, die Stadt? Wir schaffen die optimalen verkehrlichen Voraussetzungen, dass ganze LKW-Flotten bequem zum Logistikzentrum führen. Dafür sollen keine Kosten gescheut werden. Wenn auch die Strecke über eine Eisenbahnlinie und über Morastgelände führt. Die Interessen des Logistikbauers und Logistikbetreibers stehen im Vordergrund. Diesen Interessen hat sich die Bevölkerung jetzt unterzuordnen. So einfach ist das.

Um was geht es?

Der Bebauungsplan „Bruchstücke – 2. Änderung“ stellt nicht nur eine erhebliche Erweiterung des Geltungsbereichs dar, es wird auch eine vollständig andere Zielsetzung angestrebt. Damit soll die Realisierung einer neuen zweiten Zufahrt zum Gewerbegebiet „Bruchstücke“ und zum Industriegebiet „ehemalige Salmkaserne“ ermöglicht werden.

Die Ansiedlung des Megalogistikzentrums würde die Schaffung einer zweiten Zufahrt erforderlich machen, da eine Zufahrt allein die große Zahl von LKW und Pkw nicht aufnehmen könnte. Aber diese neue Zufahrt fiel für die Stadt so kostenintensiv aus, dass die teure Maßnahme unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht realisiert werden kann.

Antrag im Alleingang

Wie einem Bericht der BNN vom April 2018 zu entnehmen ist, hat – auf Antrag des Bürgermeisters, der hier einen Alleingang an den Tag legte – das Land Baden-Württemberg eine finanzielle Unterstützung zum Neubau einer zweiten Zufahrt von knapp zwei Millionen Euro für den Anschluss des Gewerbegebietes „Bruchstücke“ und „alte Kaserne“ zugesagt.

Ein Kuriosum ist sicherlich, dass die Antragstellung des Bürgermeisters ohne Wissen des Gemeinderates erfolgte. Ein so weitreichender Antrag kann eigentlich nicht über die Köpfe der Stadträte hinweg gestellt werden. Eigentlich. Entsprechend unterschiedlich fielen die Reaktionen der vier Gemeinderatsfraktionen aus: Während eine Fraktion von einer „rechtswidrigen Übergehung des Gemeinderats“ sprach, waren die drei anderen Fraktionen frohgemut der Meinung, dass die Vorgehensweise des Bürgermeisters ein „verantwortungsvolles Handeln in weiser Voraussicht“ war.

Als Begründung wurde in der Antragstellung ausgeführt:

„Die Verkehrsuntersuchung ergab für den vorhandenen Knoten Kasernenstraße / L602 eine Einstufung nach dem „Handbuch für die Bemessung von Straßenverkehrsanlagen“ HBS eine Qualitätsstufe „F“ (Der Knoten ist überlastet. Wachsende Staus bilden sich). Eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Kasernenstraße einschließlich eines neuen Anschlusses an das übergeordnete Straßennetz die L 602 ist daher zwingend erforderlich.“

Die Gesamtkosten dieser neuen Straßenanbindung, die über einen Kreislauf am ehemaligen Hebelwerk hinunter zum Gebiet des „Torflagers“ mit einem Brückenbauwerk über die Eisenbahnlinie zwischen Germersheim und Graben-Neudorf führt, belaufen sich laut einem Gutachten, das der Bürgermeister in Auftrag gegeben hat, auf 4.700.000 Euro.

Eine Träumerei. Die Kostenannahmen entbehren jeglicher Grundlage und sind nicht belastbar. Greifen wir zwei Beispiele heraus:

1. Das Brückenbauwerk ist mit nur 600.000 Euro veranschlagt. In diesen Preisansatz ist ein zweispuriger Ausbau mit einer Fahr-

bahnbreite von jeweils 3,75 Meter enthalten, ein einseitiger Standstreifen von einem Meter. Der Brückenkörper soll so lang gebaut werden, dass eine Trassenerweiterung der Bahn auf einen Zwei-Gleisbetrieb durchgeführt werden kann.



Große Sprünge, nichts im Beutel Foto: Bürgerinitiative

2. Für den Kreisverkehr sind 155.000 Euro veranschlagt.

Der Kreis soll einen Durchmesser von 40 Meter haben, damit auch Giga-Liner fahren können. Wie untertrieben die Angabe ist, zeigt der etwa vergleichbare Kreisel an der Engelsmühle, der rund 650.000 Euro gekostet hat.

Nicht tragfähiger Baugrund

Zum Baugrund heißt es im Erläuterungsbericht: „Im Baubereich ist teilweise mit nicht tragfähigem Untergrund zu rechnen. Um eine genaue Aussage zu den Bodenverhältnissen und zu der Bauwerksplanung machen zu können, sind im Zuge der weiteren Planung Baugrunduntersuchungen durchzuführen.“

Wir gehen davon aus, dass die zweite Zufahrtstraße insgesamt das Doppelte, also zehn Millionen Euro, kosten würde.

In Anbetracht der vielen Unwägbarkeiten, so der Bodenbeschaffenheit, der viel zu niedrig angesetzten Kosten für das Brückenbauwerk und des Kreisverkehrs und schließlich der übervollen Auftragsbücher der Baufirmen halten wir unsere Kostenangaben für überaus realistisch.

Sagenhafte sieben Millionen

Nach Abzug des Landeszuschusses von zwei Millionen Euro und vielleicht anderer Zuschüsse von einer geschätzten Summe von einer Million Euro verbleibt für den Philippburger Kämmerer eine Summe von sagenhaften sieben Millionen Euro, die er in seinem Haushalt unterbringen und finanzieren muss. Letztendlich handelt sich hierbei um Gelder von uns Bürgern als Steuerzahler. Bei Investitionskosten von zehn Millionen Euro würde dieser Rekordbetrag den städtischen Haushalt (nur für planmäßige lineare Abschreibungen) jährlich mit 200.000 Euro belasten, und das 50 Jahre lang. Hinzu kommen noch die jährlichen Renovierungs- und Instandhaltungskosten.

Viele offene Fragen

- Wieso sollen wir für fremde Logistiker 50 Jahre lang zu Lasten unserer Haushalte und Rücklagen ohne Zwang Geld hinterherwerfen?
- Wieso sollen wir wegen fremden Logistikern die Umwelt belasten und ein Stück Lebensqualität einbüßen?
- Und auch noch Erhöhungen von Steuern und Gebühren entrichten, um einen ausgeglichen Haushalt aufweisen zu können?
- Wieso will man Logistiker ansiedeln, die nahezu keine Gewerbesteuer in Philippsburg entrichten werden?

Verkehrsmoloch für unsere Kinder?



Foto: Bürgerinitiative

Wie viel Verkehr kommt auf Philippsburg, Huttenheim und Rheinsheim zu?

Erst auf Antrag einer Fraktion haben der Bürgermeister und die Verwaltung reagiert, wenn auch zögerlich. So stellte Diplomingenieur Frank Gericke vom Büro Modus-Consult in der September-Gemeinderatssitzung das bislang (warum eigentlich) unveröffentlichte Verkehrsgutachten zum Bebauungsplan „Ehemalige Salmkaserne“ vor und machte es damit öffentlich.

Knapp 10.000 Fahrzeuge

Laut Planfall werden es bis zum Jahr 2030 auf der vorderen Kasernenstraße, die das Wohngebiet und das geplante Logistikzentrum trennt, knapp 10.000 Fahrzeuge sein. Bei einer möglichen zweiten Zufahrt könnte die neue Strecke 6.200 Fahrzeuge aufnehmen, in der Kasernenstraße verblieben immerhin 3.700. Jetzt sind es 1.046 pro Tag. Gericke rechnet mit einer Zunahme des problematischen Schwerlastverkehrs um 22 Prozent bis 2030.

„Ein durchaus erträglicher Verkehr“, sagen gute „Mit“-Bürger, die weit weg von dem Verkehr, meistens in einem ruhigen Wohngebiet, leben.

Im Verkehr ersticken?

Gibt es einen einzigen Bürger, der nicht ein gewisses Maß an Wohn- und Lebensqualität für sich wünscht? Wer will schon im Verkehr ersticken oder schlechte Luft atmen? Wer will den Verkehrsmoloch – auch als Hinterlassenschaft unserer Generation an unsere Kinder? Warum habt ihr den Verkehr in unsere Stadt geholt, werden sie vielleicht fragen.

Ein Logistikstandort verändert den Wohncharakter und führt in der Regel zu einem hohen LKW-Verkehrsaufkommen mit entsprechenden Lärm- und Schadstoffbelastungen.

Viele Spekulationen

Ziel einer guten bürgerfreundlichen Rathauspolitik muss die Vermeidung von Verkehr sein. Gilt dies auch für unsere Stadt? Wir haben unsere Zweifel. Der bisherige Eigentümer und Dietz genießen das breite städtische Wohlfühlen. Warum?

Im Gemeinderat hat sich inzwischen auch der neue Mieter vorgestellt. Die Spekulation, dass Daimler nach Philippsburg käme, erwies sich als eine der zahlreichen vorhandenen Träumereien. Von einer „Vorstellung mit vielen Versprechungen“ im Gemeinderat durch die Firma Seifert Logistik als künftiger Mieter der Dietz-Immobilie sprachen nicht wenige Gemeinderatsbesucher. Der Unternehmer habe bewusst nur vage Aussagen, eher Vermutungen und Spekulationen zu Arbeitsplätzen, LKW-Verkehr, Schichtbetrieb und Gewerbesteuer gemacht.

Zahlenspiele des Mieters

An manchen Aussagen hat die BI so ihre Zweifel und befürchtet eine weitere Leichtgläubigkeit im Gemeinderat. Sollten sich die

heutigen Befürchtungen irgendeinmal erfüllen und die Nachteile erkennbar sein, wird es sicherlich unter den verbliebenen Stadträten heißen: „Ach, wenn wir das gewusst hätten, hätten wir das nicht beschlossen.“

Die Bürgerinitiative hat recherchiert und herausgefunden: Laut eigenem Internetauftritt beschäftigt die Firma Seifert etwa 1.900 Arbeiter an 43 Standorten, also durchschnittlich gerade 44 Arbeiter pro Standort. Doch für Philippsburg ist ein Vielfaches versprochen. Versprochen!

„Nicht unsere LKW“

Die Zahl von gerade 44 Arbeitern bestätigt den Vorwurf der BI: Für nichts opfert man unser jetziges Leben und die Zukunft unserer Stadt.

Auch gibt es Informationen über nach Philippsburg gemeldete Erfahrungen von Malscher Bürgern, wo die Firma Seifert einen Betrieb unterhält und wo es zu Bürgerbeschwerden zum dortigen starken Verkehr heißt: „Das sind nicht unsere LKW.“ Vermutlich werden die in Philippsburg herumstehenden LKW dann auch nicht „unsere LKW“ sein.

65 Millionen als Freundschaftsdienst?

Vorgesehen dafür ist das bisherige 14,5 Hektar große Areal einer Firma, die es seinerzeit erworben hat und es jetzt an die Dietz AG abgibt.

Insgesamt sollen es drei 14 Meter hohe Multifunktionshallen mit Zwischengeschossen plus Büro- und Sozialräumen – alles in allem 72.000 Quadratmeter – geben. Für das Großprojekt will die Dietz AG aus Bensheim, im Bau von Logistikzentren federführend, 65 Millionen Euro investieren. Ein Freundschaftsdienst an Philippsburg? Oder soll Geld herausgeholt werden? Als Mieter hat Dietz die Seifert Logistics Group an Land gezogen und mit ihr ruckzuck den Mietvertrag abgeschlossen.

Nur ein paar wenige LKW

Seifert äußerte sich in der Gemeinderatssitzung ganz treusorgend, er rechne „momentan“ mit so 150 LKW pro Tag, also 300 Fahrten. Und mit ganz wenigen Nachtfahrten. Dafür investiert Dietz 65 Millionen Euro. Ist das glaubhaft?

Die Bandbreite aller vorgelegten Zahlen ist sehr groß, vieles ist ungewiss, schwammig, spekulativ. Die Unternehmer wohnen weit weg. Für alle, die weit weg wohnen, kann Philippsburg gut ein überregionaler Logistikstandort mit entsprechend viel Verkehr werden.

Auf dem neuen Firmengelände sollen einige LKW-Parkplätze ausgewiesen werden. Gut. Aber reichen diese? Schauen wir zu Goodyear und auf die jahrelangen Auseinandersetzungen um abgestellte Brummis und um die Hinterlassenschaften der Brummi-Fahrer.

150 und 800 LKW

Interessant sind sicherlich die Aussagen der Bürgerinitiative in Wiesental, die sich dort vor zwei Jahren gegen das geplante Dietz-Logistikzentrum erfolgreich wehrte. Nach offiziellen Aussagen hätte das Projekt (nur) „bis zu 80 mögliche Arbeitsplätze“ geboten.

Nach Schätzungen der BI wäre hingegen der LKW-Verkehr um mindestens 800 LKW-Fahrten pro Tag gestiegen. Dort handelte es sich um eine Fläche von 1,9 Hektar. In Philippsburg sind es 14,5 Hektar.

In Wiesental waren seinerzeit 800 LKW als Einsatzfahrzeuge erwartet worden, auf dem sieben Mal so großen Gelände in Philippsburg sollen nur vereinzelte LKW unterwegs sein, höchstens 150 pro Tag.

Das Ganze zeigt doch, dass hier etwas nicht stimmen kann! Werden wir für dumm gehalten?

Zahl der LKW-Fahrten heruntergerechnet, die Zahl der Arbeitsplätze hochgedreht



Foto: Bürgerinitiative

Interview der Philippsburger Bürgerinitiative mit dem Vorsitzenden der (immer noch) bestehenden Bürgerinitiative (BI) „Lebenswerte Stadt – keine Großlogistik am Wohngebiet“, Bernd Metzger aus Wiesental

Was ist eure wichtigste Botschaft?

Metzger: Wohin ich auch schaue: Überall herrscht eine schlechte Informationspolitik. Die Bürger wurden und werden nicht informiert, nicht eingebunden, nicht mitgenommen, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt. Das soll eine gute Kommunalpolitik sein?

Die BI war ja erfolgreich, die Dietz AG, die in Wiesental bauen wollte, hat sich zurückgezogen. Warum gibt es noch die BI?

Metzger: Wir sind einfach vorsichtig. Wir wissen nicht, was nach Dietz kommt. Mit Zahlen und Fakten wurde sehr flexibel umgegangen, so wie es gerade passte. Wir sind gewarnt. Nach wie vor gilt: Wir Bürger wollen bei Entscheidungen, die uns ganz direkt betreffen, mitreden und nicht von oben herab bevormundet werden.

Worauf ist Erfolg in Wiesental zurückzuführen?

Metzger: Bei einer Abwägung der Vorteile und Nachteile haben die Nachteile deutlich überwogen. Das brachte einige Kommunalpolitiker zum Nachdenken. Dietz erklärte damals, nicht gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung tun zu wollen. Dieser wurde mit Hilfe unserer BI gegenüber dem Investor, den Gemeinderäten und dem Oberbürgermeister deutlich vermittelt. Letztendlich waren es damit die Bürger, die siegten.

Was zählten Sie zu den Nachteilen?

Metzger: Die anhaltenden Proteste der Anwohner der betroffenen Wohngebiete und Straßen, nicht zuletzt die übergebenen 1.400 Unterschriften, haben dazu beigetragen, das geplante „Logistik-Bollwerk“ am Ortsrand von Wiesental zu verhindern. Es gab und gibt andere Niederlassungsmöglichkeiten außerhalb der Wohngebiete, wo niemand derart belästigt wird.

Was hat die BI alles unternommen?

Metzger: Mit Plakaten, Bannern, Flyern, Infoständen und Veranstaltungen haben wir unsere Hauptbedenken verdeutlicht: Wir wollen aufgrund des 24-Stunden-Betriebs keinen weiter zunehmenden Lärm und Verkehr.

In Wiesental war im Gegensatz zu Philippsburg nur ein „kleines“ Logistikzentrum geplant?

Metzger: In Philippsburg sind es ja 13,5 Hektar. In Wiesental waren es knapp zwei Hektar. Nach unseren Recherchen stand eine Verkehrsmehrbelastung von 400 bis maximal 800 LKW pro Tag bevor: für uns völlig unerträglich.

Warum es in Philippsburg auf einem sieben Mal so großen Gebiet viel weniger sein sollen, ist mir unerklärlich. Wir wollen eine lebenswerte Stadt mit einem Mindestmaß an Wohn- und Lebensqualität.

Oft wird die Zahl der LKW-Fahrten heruntergerechnet, die Zahl der Arbeitsplätze hochgerechnet?

Metzger: Immer dasselbe: Die Zahl der Lkw-Fahrten wird durch die Befürworter heruntergespielt und die Zahl möglicher Arbeitsplätze hochgedreht. Wohl bei jedem Logistikzentrum winkt man mit Arbeitsplätzen. Auch in Wiesental. Plötzlich war von vielen hundert tollen gutbezahlten Jobs die Rede.

Das haben einige Besserwisser, die von der Branche keine Ahnung haben, nachgeplappert und die Arbeitsplatzzahlen von Mal zu Mal ins Unendliche gesteigert. Wer zieht diejenigen, die mit falschen Zahlen operieren, hinterher zur Rechenschaft?

Was sind die Hauptargumente?

Metzger: „Neue Arbeitsplätze“ und „viel Gewerbesteuer“, aber diesen Behauptungen schenken wir keinen Glauben. Kein Mensch – wer und wo auch immer – war bislang zu einer einigermaßen verbindlichen, belastbaren Aussage bereit.

Alles was bisher geäußert wurde, blieben immer nur persönliche Vermutungen, reine Spekulationen oder vor allem Wunschvorstellungen. Passen Sie in Philippsburg gut auf!

Verkehr? Halb so schlimm, heißt es öfter?

Metzger: Ja, ach die paar LKW. Wer denkt an die Stickoxid- und Feinstaubbelastungen? Es ist überall das gleiche Elend. Wer weit weg wohnt, ist dafür. Lautstarke Befürworter des Wiesentaler Logistikzentrums wohnten in ruhigen Wohngebieten, in Hambrücken und Kirrlach, in Philippsburg, Oberhausen, sogar Wiesloch. Alles in sicherer Entfernung vom Verkehr.

Was waren Ihre Hauptbedenken?

Metzger: Staus und Behinderungen sind die Folgen für alle. Verstopfte Straßen. Es steigt die Unfallgefahr. Der Feinstaub macht krank: Die winzigen Partikel schädigen die Atemwege und dringen tief in die Lunge ein. Auch nimmt die Stickoxidbelastung zu. Besonders anfällig sind Kinder.

In Österreich beispielsweise wurde nachgewiesen, dass die Schadstoffbelastung zu zusätzlichen Fällen von Asthma-Anfällen bei Kindern führt. Die Stickoxid- und Feinstaubbelastung macht doch nach 100 oder 200 Meter Entfernung nicht halt. Mit Sicherheit leidet die Attraktivität der Gemeinde darunter, der Wohnwert. Für den nahen Häuslebesitzer ist das ein massiver Wertverlust.

Ist immer nur der unmittelbare Wohnbereich neben dem Logistikzentrum betroffen?

Metzger: Nein. Bei den vielen LKW-Fahrten und Verkehrsbehinderungen, bei möglichen Unfällen und unvermeidbaren Staus werden doch Schleichwege genutzt. Dann geht es mitten durch die Ortschaften, durch Wohngebiete, durch die engsten Straßen und Gassen. Stau ist vorprogrammiert.

Was raten Sie der BI Philippsburg?

Metzger: Lasst euch von den Nichtbetroffenen, die ein Logistikzentrum in weiter Ferne von ihrem eigenen Wohngebiet wollen, nicht unterkriegen. Kämpft für euch und eure Ziele.

Wenn Sie an einer positiven Zukunft in **Philippsburg, Huttenheim und Rheinsheim** interessiert sind, dann stimmen Sie am 9. Dezember 2018 bei der Entscheidungsfrage:

„Sind Sie dafür, dass der Beschluss des Gemeinderates vom 15.05.2018 zur Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans „Bruchstück – 2. Änderung“ aufgehoben und damit das Verfahren zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes eingestellt wird?“



JA

Für ein lebenswertes Philippsburg Gehen Sie zur Wahl!!

Geben Sie Ihren Kindern und Enkeln eine Stimme. Die zukünftige Generation wird Ihnen dankbar dafür sein.